

SPD demokratischer pressediens

1. Juni 1976

P/XXXI/103

Freiheit oder/statt Sozialismus?

Über die Tradition der deutschen Reaktion, die Sozialdemokraten zu verleunden

Von Dr. Diether Poser MdL
Mitglied des Vorstandes und Vorsitzender des Rechtspolitischen Ausschusses der SPD und Justizminister von Nordrhein-Westfalen

Seite 1 und 2 / 62 Zeilen

Ein schwer erkämpfter Erfolg

UNCTAD IV hat wichtiges Ergebnis erbracht

Von Rudolf Keffka MdB
Mitglied des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Seite 3 / 33 Zeilen

Klare Kursbestimmung der FDP

Sozial-liberale Koalition: Souveräne Partner mit gemeinsamen Aufgaben

Seite 4 und 5 / 55 Zeilen

Sorgsam dosierte Verbesserungen

Zum sozialpolitischen Fünf-Jahr-Programm der DDR

Seite 6 und 7 / 81 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Neussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressenhaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 08 88 849 - 48 pbbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Freiheit oder/anstatt Sozialismus?

Über die Tradition der deutschen Reaktion, die Sozialdemokraten zu verleumden

Von Dr. Diether Posser MdL

Mitglied des Vorstandes und Vorsitzender des Rechtspolitischen Ausschusses der SPD und Justizminister von Nordrhein-Westfalen

Mit der Gegenüberstellung von Freiheit und Sozialismus als einander ausschließende Gegensätze in der Wahlkampfparole der CDU/CSU haben sich die Scharfmacher in den Unionsparteien durchgesetzt: Dregger, Gerstens, Filbinger, Strauß. Die Versuche, die Sozialdemokraten als Feinde der Freiheit zu verunglimpfen, sind nicht neu. Seit Gründung sozialdemokratischer Gruppierungen in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts haben reaktionäre und konservative Kräfte in Deutschland mit dieser Parole gearbeitet.

Schon das als Ausnahmegesetz am 21. Oktober 1878 verkündete und 12 Jahre geltende Sozialistengesetz trug den bezeichnenden Titel "Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie". Wie sehr die Sozialdemokraten von den herrschenden Schichten gehaßt und als störend für ihre Politik empfunden wurden, offenbart der Brief, den Kaiser Wilhelm II. am Silvesterabend 1905 an den damaligen Reichskanzler Bernhard v. Bülow geschrieben hat. Der Kaiser hatte sich "unter dem wiederangezündeten Tannenbaum" die Weltlage durch den Kopf gehen lassen und dabei festgestellt, daß das Jahr 1906 zum Kriegführen besonders ungünstig sei. Wilhelm II. nennt auch Gründe für seine Auffassung: die noch nicht abgeschlossene Neubewaffnung der Artillerie und Infanterie, die unvollendeten Forts bei Metz und - als Hauptsache - seine Überzeugung, daß man wegen der Sozialisten keinen Mann aus dem Lande nehmen könne "ohne äußerste Gefahr für Leben und Besitz der Bürger. Erst die Sozialisten abschießen, köpfen und unschädlich machen, wenn nötig per Blutbad, und dann Krieg nach außen. Aber nicht vorher und nicht à tempo".

Die Quelle für diesen Brief ist einwandfrei: Der Empfänger selbst, Reichskanzler von Bülow, hat die wesentlichen Teile in seinen 1930 erschienen Lebenserinnerungen "Denkwürdigkeiten" Band II, S. 197/198 veröffentlicht. Nun will gewiß kein CDU-Politiker ein Blutbad oder einen Krieg,

aber die Verleumdung der Sozialdemokraten ist geblieben. Wie ist es anders zu verstehen, wenn Filbinger in einer Zeitungsanzeige während des baden-württembergischen Landtagswahlkampfes im Februar 1976 vor der Wahl der SPD mit den Worten warnt, daß "in jeder sozialistischen Ordnung Freiheit und Eigentum auf der Strecke bleiben"? Oder wenn Dregger vor wenigen Tagen öffentlich als Motiv für seine politische Tätigkeit seine Entschlossenheit nennt, zu verhindern, daß aus seinen Kindern "sozialistische Staatsklaven" würden?

Das Bestreben, die Sozialdemokraten mit kommunistischen Fehlentwicklungen oder gar den stalinistischen Verbrechen unterschwellig in Verbindung zu bringen und zu belasten, ist offenkundig. Gemäßigte Christdemokraten versuchen, uns Sozialdemokraten eine Mitverantwortung für diese auch von ihnen bedauerten Ausfälle anzulasten, weil wir das gute und bewährte Wort "Sozialdemokratie" durch "demokratischen Sozialismus" ersetzt hätten. Diese (angebliche) Akzentverschiebung sei nicht nur ein verbaler Akt, sondern ein Flaggenwechsel. Die "guten" Sozialdemokraten hier, die "bösen", zumindest beargwöhnten Sozialisten dort. Man kann sich über soviel Unkenntnis der sozialdemokratischen Parteigeschichte nur wundern.

Nicht erst der "Orientierungsrahmen '85", sondern schon das Godesberger Grundsatzprogramm von 1959 spricht an neun Stellen vom "demokratischen Sozialismus", erklärt ihn und grenzt ihn zugleich in eindeutiger Weise vom Kommunismus ab. Als Grundwerte des demokratischen Sozialismus, "der in Europa in christlicher Ethik, im Humanismus und in der klassischen Philosophie verwurzelt ist", werden Freiheit (1), Gerechtigkeit und Solidarität genannt. Die Sozialdemokraten, d. h. demokratischen Sozialisten, waren Ende 1966 für die Christdemokraten willkommene Koalitionspartner, als innenpolitische Schwierigkeiten, außenpolitische Sorgen und die schwierige Finanzlage die Regierung Erhard scheitern ließen, und selbst der neue Bundeskanzler Kiesinger am 13. Dezember 1966 vor dem Deutschen Bundestag zugeben mußte, daß der Bildung seiner Regierung "eine lange, schwelende Krise vorausgegangen (ist), deren Ursachen sich auf Jahre zurückverfolgen lassen".

Damals wußten die christdemokratischen Führer, daß sich in Deutschland seit jeher die Sozialdemokraten auch demokratische Sozialisten genannt haben und nennen; heute versuchen einige, einen Gegensatz zu konstruieren und die SPD als freiheitsfeindlich hinzustellen. Das ist verantwortungslos und gefährliche Demagogie.

(-/1.6.1976/mie/pr)

Ein schwer erkämpfter Erfolg

UNCTAD IV hat wichtiges Ergebnis erbracht

Von Rudolf Kaffka MdB

Mitglied des Bundestageausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Die vierte UN-Welthandels- und Entwicklungskonferenz (UNCTAD) in Nairobi ist nach harten und zähen Verhandlungen zu einem Erfolg geworden, weil Einigkeit in einer Frage erzielt worden ist, die den Kernpunkt der Konferenz bildete: in der Frage der Verstätigung der Erlöse, die Entwicklungsländer beim Export von Rohstoffen erzielen.

Zusammen mit den anderen westlichen Industriestaaten hat die Bundesregierung Verhandlungen zugestimmt, in denen geklärt werden soll, ob die gemeinsame Finanzierung von Abkommen zur Steuerung von Rohstoffpreisen funktionieren kann und wie ein solcher Mechanismus aussehen kann. Damit ist ein Schritt getan worden, der unseren wirtschaftlichen Beziehungen zur Dritten Welt ganz neue Dimensionen verleiht: Die Industriestaaten stimmen den Entwicklungsländern zu, die sagen, daß die freien Kräfte des Marktes zu einer akzeptablen Steuerung der Rohstoffpreise allein nicht in der Lage sind.

Die Bundesrepublik ist damit den Entwicklungsländern weit entgegengekommen. Die Länder der Dritten Welt müssen sich nun jedes für sich und Rohstoff für Rohstoff überlegen, ob eine Regelung gemäß der Manila-Deklaration der "Gruppe der 77" in ihrem eigenen Interesse liegt. Jedes rohstoffproduzierende Entwicklungsland muß analysieren, ob seine Exporte für einen durch Abkommen gesteuerten Markt geeignet sind.

Die Entwicklungsländer ohne Rohstoffe müssen prüfen, wie sich ein solcher Mechanismus auf ihre wirtschaftliche und finanzielle Lage auswirkt. Alle Länder müssen darauf achten, daß von Rohstoffabkommen nicht solche Staaten profitieren, die ohnehin zu den Reichen der Welt gehören: Die USA, die Sowjetunion, Kanada und Australien befinden sich in vielen Bereichen unter den größten Rohstoffproduzenten der Welt.

Dies alles sind Probleme, die es hier zu bedenken gibt. Es wird schwierige Verhandlungen geben, die gemäß dem Beschluß von UNCTAD IV spätestens im März 1977 beginnen sollen. Aber dennoch war die Entscheidung der Bundesregierung richtig, es gibt dazu keine Alternative. Die Opposition verharrt in ihrer üblichen destruktiven Haltung. Wie schon nach der siebten Sondergeneralversammlung der UNO, will sie mit ihren Einlassungen die Bundesrepublik in die außenpolitische Isolation treiben. Was CDU-MdB Dr. Jürgen Todenhöfer in Nairobi gefordert hat, hätte unserem Land schweren Schaden zugefügt. Unsere Delegation unter der Leitung der Minister Bahr und Frideriche haben dies verhindert. (-/1.6.1976/mie/pr)

+ + +

Klare Kursbestimmung der FDP

Sozial-liberale Koalition: Souveräne Partner mit gemeinsamen Aufgaben

Der Freiburger Wahlparteitag der FDP war keine wahltaktische Pflichtübung, sondern politische Standortbestimmung. Selten war in der Vergangenheit so deutlich geworden, daß es eine tiefe und schier unüberbrückbare Kluft zwischen der Union und der FDP gibt. Einhelligkeit herrschte auch darüber, daß liberale Politik nur mit Sozialdemokraten verwirklicht werden kann. So konnte die Koalitionsaussage der Freien Demokraten zugunsten der SPD auch niemanden überraschen. Willy Brandt hat zurecht unterstrichen, daß sie "Klarheit und Stabilität in der politischen Landschaft der Bundesrepublik Deutschland" bedeutet. Sie ist zu sehen im Zusammenhang mit der erfolgreichen und fairen Zusammenarbeit der sozial-liberalen Koalition seit 1969 und kann daher nur als konsequent bezeichnet werden.

Überraschend war allerdings für manchen Parteitagebeobachter, daß der vom Vorsitzenden der FDP, Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, gemachte Vorschlag, die sozial-liberale Koalition bis 1980 fortzusetzen, eine nahezu einstimmige Mehrheit bei den 400 Delegierten gefunden hat, daß die Koalitionsaussage ohne Wenn und Aber erfolgte und daß sich die Freien Demokraten keine Hintertür für andere Möglichkeiten offengelassen haben.

Jene Verunsicherungsstrategen, die der Öffentlichkeit in den letzten Wochen und Monaten weiszumachen versuchten, daß es keine Gemeinsamkeiten mehr zwischen der SPD und FDP gebe, belehrten die Delegierten auf dem Freiburger Kongress eines Besseren. Sie verabschiedeten mit der Wahlplattform ihren "Vorschlag für ein Regierungsprogramm", der zwar nicht deckungsgleich mit dem Entwurf der SPD-Wahlplattform, die Mitte Juni in Dortmund verabschiedet werden soll, ist, aber eine Reihe von Gemeinsamkeiten aufweist, so daß allein aus den Wahlprogrammen beider Parteien die Fortsetzung der Koalition nur logisch ist.

Das trifft für den großen Bereich der Außen-, Europa-, Bündnis-, Entspannung- und Deutschlandpolitik zu. Wer Friedens- und Entspannungspolitik erfolgreich fortsetzen will, der kann weder gegenwärtig noch in den

nächsten Jahren mit der derzeitigen Union zusammenarbeiten, wenn er nicht Gefahr laufen will, das in den letzten sieben Jahren Erreichte zu zerstören. Das wurde in Freiburg mehr als deutlich. Gleiche Ziele in der Rechtspolitik, in der Bildungspolitik, wo SPD und FDP den Numerus clausus beseitigen wollen, aber auch in der Wirtschaftspolitik, wo beide Parteien eine Modernisierung der Wirtschaft, wenn auch nicht hundertprozentig identisch, anstreben, stellen die Koalitionspartner vor Aufgaben, die nur von ihnen gemeinsam verwirklicht werden können.

Wer allerdings glaubt, daß es in der Koalition nach dem 3. Oktober lediglich Zuckerlecken geben wird, der sei schon heute gewarnt. Die Freien Demokraten sind noch selbstbewußter geworden und werden dort, wo sie anderer Meinung als etwa die Sozialdemokraten sind, hart um Positionen ringen. Das zeichnet sich bereits heute im Bereich der Gesundheitspolitik ab, wo die FDP einen "Wahltarif" und damit auch eine Selbstbeteiligung der Versicherten einführen möchte. Auch wenn es um die Frage der Privatisierung öffentlicher Bereiche geht, dürfte es Meinungsverschiedenheiten zwischen den Koalitionspartnern geben.

Nicht umsonst hat Genscher betont, daß die Freien Demokraten keinen Koalitionswahlkampf führen werden. Dabei dürfte ihm klar gewesen sein, daß dies auch für Sozialdemokraten gilt. Auch sie werden keinen Koalitionswahlkampf führen, sondern deutlich machen, daß keine SPD-Stimme, auch nicht zugunsten der FDP, verschenkt werden darf.

Auch werden Sozialdemokraten im Wahlkampf nicht verschweigen, wer in der Vergangenheit etwa bei der Mitbestimmung, beim Bodenrecht oder bei der Reform der beruflichen Bildung innerhalb der Koalition die Bremsfunktion innehatte.

Gode Jeps
(-/1.6.1976/mie/pr)

+ + +

Sorgsam dosierte Verbesserungen

Zum sozialpolitischen Fünf-Jahr-Programm der DDR

Erich Honecker hat erneut bewiesen, daß er nicht eine einfache Kopie Walter Ulbrichts ist. Unter dessen Herrschaft geizte die SED nicht mit Versprechungen: "Einholen und Überholen Westdeutschlands im Pro-Kopf-Verbrauch bis 1961", "40-Stunden-Woche ohne Lohneinbuße bis 1960". Aus den Enttäuschungen über nichterfüllte Versprechungen hat Honecker gelernt. Er weckte bei der Bevölkerung keine unerfüllbaren Hoffnungen, sondern legte sie sofort an den Zügel des Kernproblems: Erhöhung der Arbeitsproduktivität. Auch Ulbrichts "Zehn Gebote sozialistischer Moral" sowie die "sozialistische Menschengemeinschaft" werden im neuen Parteiprogramm nicht mehr erwähnt.

Schließlich wurden auch die Proportionen zwischen Partei und Regierung verändert, wenigstens dem Anschein nach. Einer seiner ersten Maßnahmen war die Stärkung der Regierungsgewalt gegenüber dem vorher von Ulbricht beherrschten Staatsrat. Mit dem Verfahren, das er bei der Beschlußfassung über das Sozialprogramm anwandte, hat er nun auch eine neue Rollenverteilung zwischen Partei und Regierung angedeutet; die Partei verkündet Grundsätze, die Regierung beschließt konkrete Maßnahmen. Es ist möglich, obgleich unwahrscheinlich, daß die Kritik am Fehlen von Terminen für handfeste soziale Fortschritte die Verkündung des Sozialprogramms schon in der ersten Sitzung der Regierung nach dem Parteitag bewirkte. Wahrscheinlich aber war das alles bis ins Letzte abgestimmt: die dem "Selbstlauf" entzogene "Volksausprache", die ausgerechnet in der ersten Parteitagsnummer des Zentralorgans Leserbriefe über 40-Stunden-Woche, Rentenerhöhungen und Urlaubsverlängerung erbrachte, die Erklärung von Margot Honecker an ungeduldige Reporter, man solle die Regierungsbeschlüsse über diese Frage abwarten und schließlich die Beschlüsslosigkeit des Parteitages in diesen Fragen.

Daß dennoch hinter dieser Regie die "führende Rolle der Partei" sichtbar wurde, stört Honecker nicht. Ihm genügt es offensichtlich, daß der Anschein einigermaßen glaubwürdig bleibt, das "Volk" habe in dieser "Ausprache" das Wort gehabt - wenn auch nicht das letzte.

Das sozialpolitische Fünf-Jahr-Programm, das von der Regierung, dem ZK der SED und dem Vorstand des FDGB beschlossen wurde, kräftigt diesen Eindruck. Wenn es auch manche Hoffnungen der Leserbriefschreiber enttäuscht, in den einzelnen Punkten folgt es doch der veröffentlichten Meinung. Beides gilt für die Lösung der Arbeitszeitfrage. Das Parteiprogramm

kündigt den "schrittweisen Übergang zur 40-Stunden-Woche" an. In der Ausgabe des Neuen Deutschland zur Eröffnung des Parteitages waren Beschlüsse von Betriebsablenkschaften über diese Frage an hervorragender Stelle veröffentlicht worden, fast wörtlich so formuliert, wie einen Tag später in Honeckers Rechenschaftsbericht. Das Resultat dieses abgestimmten Zusammenspiels: 40-Stunden-Woche für Drei-Schichten-Arbeiter und "vollbeschäftigte Mütter mit zwei zum eigenen Haushalt gehörenden Kindern" ab 1. Mai 1977; 42-Stunden-Woche für Zwei-Schichten-Arbeiter zum gleichen Termin. Das Gros der acht Millionen Werktätigen muß warten - wahrscheinlich bis zum nächsten Fünf-Jahr-Plan.

Differenzierter sind die Neuregelungen für Löhne, Renten und Urlaub. Bei den Löhnen werden vor allem die niedrigsten erhöht: Mindestlöhne erhalten Zuschläge von 50 Mark monatlich, die anderen zwischen 15 und 40 Mark. Die Renten steigen ab 1. Dezember 1976 um 15 bis 25 Prozent, die Grundrenten von 200 auf 230, bzw. 240 auf 300 Mark. Ab 1. Januar 1977 wird Schichtarbeitern ein Zusatzurlaub von drei Tagen gewährt; der größte Teil der Berufstätigen kommt erst 1979 in diesen Genuß.

Am stärksten schlagen die Verbesserungen für die Überlasteten berufstätigen Frauen zu Buche. Der Schwangerschafts- und Wöchnerinnenurlaub wird noch in diesem Jahr von 18 auf 26 Wochen erhöht, der zeitweilig abgeschaffte Hausarbeitstag wird für alleinstehende Frauen über 40 Jahre im nächsten Jahr wieder eingeführt, und die Pflichtstundenzahl für Kindergärtnerinnen wird herabgesetzt. Entsprechend dem von Honecker verkündeten "ehernen Gesetz, daß nur verbraucht werden kann, was vorher erarbeitet wurde," legt auch das sozialpolitische Programm Gewicht darauf "das Leistungsprinzip als Grundlage der Verteilung und des Sozialismus noch besser anzuwenden," wie Honecker formulierte. Die Verordnung sieht für die bedeutendsten Industriezweige und die "industriemäßig produzierende" Landwirtschaft die Einführung neuer Grundlöhne vor, die sich streng nach den Leistungen des einzelnen richten sollen.

Die Kehrseite der Medaille: Die Steigerung der Arbeitsproduktivität soll nach dem Fünf-Jahr-Plan 1976/80 mindestens 70 vH der Erhöhungen von Nationaleinkommen und Produktion ermöglichen, mit denen der Plan rechnet. Schon im abgelaufenen Jahr fünf stand die DDR auf diesem Gebiet an der Spitze aller RGW-Staaten. Die SED wird diese Stellung zu halten versuchen. Die dringend notwendige Verbesserung des wissenschaftlich-technischen Produktionsprozesses wird dem gegenüber eine untergeordnete Rolle spielen. Dennoch wird der Lebensstandard der Bevölkerung in der Bundesrepublik von der DDR auch im nächsten Jahr fünf trotz der wahrscheinlich erreichbaren Produktionssteigerung und der neuen sozialen Verbesserungen nicht erreicht werden können. Mit solchen Vergleichen verschonten denn auch die Redner des letzten Parteitages ihre Hörer. In dieser Beziehung haben sie aus dem Dilemma der Ulbricht-Periode Konsequenzen gezogen.

Walter Daten
(-/1.6.1976/ve/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller